

Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1498

Nr. 257

Mittwoch, den 3. November 1926

21. Jahrgang

Die Rache der Faschisten.

„Der Leichnam an die Laterne!“ — Wüste Ausschreitungen gegen die Presse. Rundgebung für Mussolini.

Rom, 1. Nov. „Tribuna“ berichtet u. a. noch folgende Einzelheiten über das Attentat in Bologna: Nachdem der Urheber des Anschlages gelichtet war, wollten eine Gruppe Faschisten den Leichnam an einer Laterne aufhängen, was vom Unterstaatssekretär Balbo verhindert wurde. Die Leiche wurde dann zur Polizei übergeführt. Die gesamte Familie des Attentäters wurde festgenommen. Man hält persönliche Initiativen des Attentäters für ausgeschlossen. Infolge von Drohbriefen waren mehr als 2000 Verhaftete in den vergangenen Tagen festgenommen worden. Auch „Giornale d'Italia“ berichtet von weitgehenden Sicherungsmaßnahmen aus Anlaß des Besuchs Mussolinis in Bologna. Alle in den von dem Ministerpräsidenten zu passierenden Straßen gelegenen Häuser waren durchsucht worden. Keiner der Bewohner konnte an dem Tage der Anwesenheit des Duce Besuche empfangen, die nicht von der Polizei genehmigt worden waren. Durch das Attentat wurden verschiedene Zwischenfälle hervorgerufen. „Avanti“ zufolge wurde in der Redaktion des Mailänder „Avanti“ Feuer angelegt. Ein Redakteur des „Corriere della Sera“ wurde verprügelt. Auch die Redaktion der „Unita“ ist geplündert worden.

Rom, 1. Nov. „Saboro d'Italia“ teilt mit, daß Anteo Zamboni niemals eine antisfaschistische Gesinnung besessen habe. Man vermute, daß er nicht aus eigenem Antrieb gehandelt habe und stelle daher Nachforschungen nach den Hintermännern des Attentates an. Wie die Agenzia Stefani mitteilt, steht bisher von amtlicher Seite eine zuverlässige Behauptung dafür, daß der gelochte Urheber des Attentates auf Mussolini, entsprechend den Angaben der Zeitungen, mit Anteo Zamboni identisch ist.

Rom, 1. Nov. Erst jetzt wird bekannt, daß gestern in Bologna außer gegen die Redaktion und Drucker des „Mondo“ und der „Voce Repubblicana“ auch andere Ausschreitungen vorgekommen sind. So wurden u. a. die Wohnung des Leiters des „Mondo“ und der „Unita“ zerstört sowie ein Redakteur verprügelt. Die faschistischen Führer erklärten sofort einen Aufruf, der jede Gewalttat verbot und für den Fall von Aus-

schreitungen mit dem Ausschluß aus der Partei und gerichtlicher Verfolgung droht. Das französische Konsulat wurde streng bewacht. In Mailand und in anderen Städten haben große Kundgebungen aus Anlaß der Errettung Mussolinis stattgefunden.

Einberufung des Großen Faschistischen Rates.

Rom, 1. Nov. Der Generalsekretär der Faschistischen Partei ist heute nach Rom zurückgekehrt und hatte mit dem Minister des Innern eine längere Unterredung. Für den 5. November ist der Große Rat einberufen. In Rom ist die Region der Wilitz mobilisiert worden. Für heute abend sind die römischen Faschisten zu einer Versammlung vor dem Ministerium des Inneren berufen worden.

Tod allen Verschwörern!

Rom, 2. Nov. Gestern abend fand auf der Piazza Colonna eine große faschistische Rundgebung statt, bei der Mussolini langanhaltende Ovationen dargebracht wurden. Der Generalsekretär der Faschistischen Partei Turati hielt von dem Balkon des Hauses der Pressevereinigung eine Rede, in der er erklärte: Die Faschisten wollen die Todesstrafe nicht nur für den, der das letzte Attentat verübt hat, sondern auch für die, die ihn dazu verleitet haben. Turati fügte hinzu, er werde im Großen Faschistischen Rat fordern, daß die Todesstrafe auch sofort auf Zamboni, Capello und Duretti Anwendung finde. Die Faschisten nahmen alle Gesetze und jeden Richter an, unter der Bedingung, daß der Urteilspruch auf Todesstrafe laute. Zum Schluß erklärte Turati, daß die Faschisten dem Duce erklären würden, daß sie bereit seien, ihm heute wie gestern zu gehorchen, unter der Bedingung, daß er nicht vergeße, daß in seinem Leben die Größe, Gerechtigkeit und Macht der Nation vereint seien.

Der Papst über den Anschlag auf Mussolini.

Rom, 1. November. Wie die Zeitungen melden, sagte der Papst, als er den neuen Anschlag auf Mussolini erfuhr, folgende Worte: Dies ist ein neues Zeichen, daß Mussolini unter dem Schutz Gottes steht.

Der neue Landtag.

Dresden, 1. November. Nach dem von der Sächsischen Staatskanzlei ermittelten amtlichen Wahlergebnis ist eine Veränderung gegenüber den bereits mitgeteilten Ergebnissen insofern zu verzeichnen, als die Nationalsozialisten noch einen Sitz bekommen haben.

Es erhalten also: Die Sozialdemokratische Partei Sachsens 4 Mandate, Deutschnationale 14 Mandate, Deutsche Volkspartei 12 Mandate, SPD. 31 Mandate, Kommunisten 14 Mandate, Demokraten 5 Mandate, Wirtschaftspartei 10 Mandate, Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2 Mandate, Aufwertungspartei 4 Mandate.

Von bekannten Parlamentariern sind wiedergewählt worden von den Deutschnationalen Landgerichtspräsident Dr. Wagner-Weißig, von der Deutschen Volkspartei Oberbürgermeister Dr. Blüher-Dresden, Volksbildungsminister Dr. Kaiser und Justizminister Dr. Bänger, von den Demokraten Finanzminister Dr. Dehne, von den Nationalsozialisten Bezirksrat Urtz, der frühere Polizeipräsident Rente, Minister a. D. Schwarz, Minister a. D. Gruppe, von der SPD. der frühere Ministerpräsident Kreishauptmann Bud, Minister des Innern Müller, von den Kommunisten der frühere Finanzminister Schriftführer Obtrichter, Redakteur Renner und Maurer Stewert. Nicht wiedergewählt wurden der Arbeitsminister Elmer und der Landtagspräsident Winkler, beide von der SPD. Neu in den Landtag tritt der der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörende Kapitänleutnant a. D. Helmuth von Wäde ein.

Die sächsische Presse beschäftigt sich selbstverständlich in langen Leitartikeln mit dem Wahlergebnis.

Das Chemnitzer Tageblatt schreibt: „Durch die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien sind fast genau so viel bürgerliche Stimmen unter den Tisch gefallen, als nötig waren, um zwei weitere Mandate für das Bürgertum zu gewinnen. Mit diesen beiden verlorengegangenen Mandaten wäre eine Mehrheit der roten Linken verhindert worden, ganz abgesehen davon, daß die geringe Wahlbeteiligung, die etwa 70 Prozent ausmacht, ganz gewiß seitens des Bürgerturns eine sehr wesentliche Steigerung ermöglicht hätte. Das Bürgerturn hatte also die Chance des Sieges in dem vormaligen roten Königreich in der Hand und hat sie selber — leider wieder einmal fahren lassen.“

Zur Regierungsbildung schreibt die „Neue Leipziger Zeitung: „Nach parlamentarischen Brauche wäre die Opposition an der Reihe, eine neue Regierung zu bilden. Ein Blick auf das Wahlergebnis zeigt jedoch, daß sie dazu nicht imstande sein wird. Die Kommunisten erhalten mit einem Zuwachs von fünf Mandaten, auf der anderen Seite fallen auf die Wirtschaftspartei zehn und die Aufwertungspartei vier Sitze. Jede dieser Gruppen ist für sich ohnmächtig und auf die Macht der größten, nämlich der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, ist trotz ihrer noch immer respektablen Mandatziffer von 31 eng begrenzt. Eine stille oder offene Koalition mit den Kommunisten wird nicht möglich sein. Da die Nationalsozialisten wiederholt auf das Bestimmteste erklärt haben, daß sie sich unter keinen Umständen wieder auf ein derartiges Experiment einlassen werden.“

Zahlenmäßig wäre die Bildung einer „großen Koalition“ zwischen SPD. (31), USPD. (4), Demokraten (5) und Deutsche Volkspartei (12) denkbar; sie ergäbe eine Mehrheit von 52 gegen 44 Stimmen, zwei mehr als die bisherige Koalition, die immerhin drei Jahre lang regiert hat. Trotzdem halten wir eine solche Lösung zunächst für unwahrscheinlich. Die durch den Wahlkampf und die weiter zurückliegenden Vorgänge geschaffenen Gegensätze sind, wie wir glauben, noch zu groß, die nachwirkende Erbitterung ist noch zu stark, um ein sofortiges Zusammenarbeiten möglich zu machen. Beide Hälften einer solchen Koalition wären von vornherein zu Zugeständnissen genötigt, die ihnen untragbar erscheinen würden. Nimmt man jedoch an, daß die Überbrückung dieser Gegensätze möglich ist, so ist andererseits nicht einzusehen, warum man die Wirtschaftspartei und die Aufwertungsgruppe von der Regierung und damit von der Verantwortung ausschließen sollte. Eine dermaßen verstärkte Koalition würde über 66 Mandate und damit über eine Zweidrittelmehrheit im Landtag verfügen. In diesem Falle blieben nur die beiden äußersten Flügelparteien rechts und links, die Kommunisten und Nationalsozialisten, außerhalb der Regierungskoalition.

Über den Verlust der Sozialdemokratie äußert sich die „Sächsische Staatszeitung: „Nicht ohne Bedeutung ist der Rückgang der Sozialdemokratischen Partei. Sie verfügt über eine langjährige gute, wenn nicht die beste politische Organisation und über eine ausgedehnte Presse und damit über alle Voraussetzungen für eine Gewinnung der Wählermassen. Und man wird zugeben, daß die SPD. ihren Wahlapparat in der gründlichsten und ausgiebigsten Weise in Bewegung gesetzt hat. Selbst die Mitglieder des Parteivorstandes griffen in den Wahlkampf ein. Denn letzten Endes war die sächsische Wahl für die Sozialdemokratie auch von größter Bedeutung für die Reichspolitik. Ein solcher Erfolg sollte die bürgerlichen Koalitionsparteien im Reichstag für eine Aufnahme der Sozialdemokratie in die Regierung gefügig machen. Nur so ist der Aufwand zu verstehen, den die SPD. in diesem Kampfe gemacht hat. Der Erfolg ist verfehlt ge-

Die Berliner Besprechungen über Thoiry.

In der gestrigen Sitzung des sogenannten Thoiry-Ausschusses des Reichskabinetts, der aus dem Reichsminister der Wehren, dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister besteht, erstatteten, den Blättern zufolge, die Minister Bericht über das Ergebnis der Beratungen zwischen den einzelnen Ministerien. Es erscheint zweifelhaft, ob Dr. Grafemann bereits heute vor dem Ausschuss eine große Rede über die Außenpolitik halten wird. Das Referat dürfte vielmehr der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius halten.

Der Kampf um den Finanzausgleich.

Die Finanzminister der deutschen Länder, die heute die angekündigte Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Heinhold über den Finanzausgleich haben werden, waren bereits gestern zu einer Vorberatung zusammengetreten, in der sie sich über ihre Wünsche aussprachen, die einige Abweichungen, je nach dem mehr landwirtschaftlichen oder mehr industriellen Charakter der Länder, zeigten. Vor allem gehen die Wünsche der Länder dahin, daß anstelle der Ueberweisung von 75 Prozent aus der Einkommensteuer 90 Prozent den Ländern überwiesen werden. Die Reichsregierung nimmt hier einen ablehnenden Standpunkt ein. Eine weitere Forderung der Länder betrifft die Aufrechterhaltung der Reichsgarantie für die Umsatzsteuer, trotz der Senkung dieser Steuer, die den Reichsfinanzminister veranlaßt, die Garantie von 1500 Millionen auf 900 Millionen herabzusetzen. Ferner ist vom Reichsfinanzministerium der Wunsch des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes vorgesehen, der die besondere Garantie für das Kopfskommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer gewährt.

Uebergang einer Kriegsgesellschaft auf das Reich.

Berlin, 1. November. Nach einer Meldung des Reichsanzeigers ist auf Grund des Gesetzes über die Umwandlung von Kriegsgesellschaften und Kreisorganisationen die Zentralverkaufsgesellschaft m. B. G. in Liquidation auf das Reich übergegangen und mit der Umwandlung der Geschäfte dieser Gesellschaft die Reichstradinggesellschaft K. G. beauftragt worden.

Wiener Gedenkfeste für die im Weltkrieg Gefallenen.

Wien, 1. Nov. Gestern fand zum Gedächtnis für die im Weltkrieg gefallenen Soldaten auf dem hiesigen Militärfriedhof eine Feier statt, an der Landeshauptmann Stumpf, die Epiken der Behörden, Angehörige der alten Armee und der deutsche und der italienische Generalkonsul teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die neuen Grabsteine eingeweiht, die der neue deutsche Generalkonsul und der hiesige Bund der Reichsdeutschen zum Gedenken für die auf österreichischem Gebiete gefallenen deutschen Soldaten haben errichten lassen.

Wie der ehemalige Kaiser die ersten fünf Millionen erhielt.

Gestern ist auf Grund des zwischen dem preussischen Staat und dem Hohenzollernhause abgeschlossenen Vergleichs die Ueberweisung der ersten 5 Millionen an den ehemaligen Kaiser erfolgt. Auf Ueberweisung der preussischen Generalkassasse ist von dem Konto des Staates Preußen bei der Reichsbank die Summe abgeschrieben und dem Konto des Bevollmächtigten des ehemaligen Kaisers, von Berg, bei einer anderen Bank gutgebracht worden.

Der Beginn des Lelzerder Prozesses.

Hildesheim, 1. Nov. Am Mittwoch beginnt vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen die Urheber der Eisenbahnkatastrophe von Lelzerde. Angeklagt sind Willi Weber und Schießlinger wegen Mordes und Personentransportgefährdung. Ferner wird sich Walter Weber wegen Beihilfe und Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens zu verantworten haben. Den Vorsitz des Gerichtes führt Landgerichtsdirektor Dr. Kammerer, als Vertreter der Anklage fungiert Oberstaatsanwalt Dr. Stellung-Hildesheim. — Für die Beweisaufnahme sind 19 Zeugen aus der Umgebung von Lelzerde geladen. Die Urteilsverhandlung ist am Donnerstag nachmittag zu erwarten.